

Zum "Unternehmen"
Deutschsprachige Gemeinschaft

In seinen Ausführungen zum Haushalt 2002 verglich Karl-Heinz Lambertz die Deutschsprachige Gemeinschaft(DG) mit einem großen Unternehmen: Nach seinen Vorstellungen entspricht die Vollversammlung dieses Unternehmens dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft(RDG). Wir wissen aber, daß die Vollversammlung das höchste Gremium eines Unternehmens ist: Für Vivant bilden deshalb alle Bürgerinnen und Bürger der DG die Vollversammlung. Diese tritt einmal alle 6 Jahre zusammen, um einen Verwaltungsrat, den Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft(RDG) zu wählen: Der RDG delegiert die Geschäftsführung des "Unternehmens- DG" an einen Verwaltungsleiter und an einige Ressortleiter, Angestellte also, welche wir bisher luxuriös als "Minister" haben agieren lassen. Es stellt sich die Frage, ob durch die Namensgebung zum „Minister“ uns nicht mehr und mehr die Bodenhaftung verloren gegangen ist! Zum Beweis die Zahlen: Drei "Ministerämter" mit insgesamt 36 Mitarbeitern und parallel dazu eine Verwaltung mit (x) Mitarbeiter!

Wie Herr Lambertz am 27.11 in St.Vith mitteilte, stehen nun ganz aktuell, in Namur, die Diskussionen bezüglich eventueller Übernahme von weiteren Zuständigkeiten durch unsere Gemeinschaft auf der Tagesordnung, u.a. im Bereich der Landwirtschaft. Gemäß Herrn Lambertz würde eine Übernahme von weiteren Kompetenzen auch eine personelle Aufstockung der Ministerien nach sich ziehen!

Hier nun müssen wir alle uns fragen, ob sich unsere kleine Kulturgemeinschaft den bereits jetzt überblähten Ministerialapparat leisten sollte, geschweige denn einen noch größeren, bezahlen müssen ihn letzten Endes alle Steuerzahler der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Im heutigen System sogar vor allem die kleinen und mittleren Einkommensgruppen!

Vivant ist der Meinung, daß im Bereich der Ministerien bereits jetzt, und auch noch nach Übernahme von weiteren Kompetenzen, ein großes Einsparpotential vorhanden ist:

Es müssen dazu z.Bsp. alle bestehenden Gremien und Expertengruppen in die Entscheidungen miteinzubezogen und den Kommunen alle möglichen Kompetenzen zurückgegeben werden, Aufgaben müssen delegiert und überall dort wo es möglich ist, muß auf ehrenamtliche Tätigkeit oder auf punktuelle Honorarbasistätigkeiten zurückgegriffen werden.

Für Vivant, Ostbelgien

Joseph Meyer, Patrick Schmitz, Günther Ortmann, Jean Van Ael

